



Interview mit Dr. Hannes Androsch

Der Innsbrucker Sozialwissenschaftler Herwig Büchele sagt: „Ein Politiker, der heute noch Vollbeschäftigung verspricht, lügt.“ – Was können wir von der Politik (von einer neuen Regierung im Herbst) zur Sicherung von Arbeitsplätzen realistischerweise erwarten?

Dr. Androsch: Herwig Büchele stellt hier eine mehr als gewagte, zugleich moralisierende Behauptung auf. So sei daran erinnert, dass es schon im Brief des Apostel Paulus an die Thessaloniker heißt: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“ (2 Thess. 3,10) Daraus leitet sich wohl die Pflicht zu arbeiten ab. In Entsprechung dazu muss es daher auch ein Recht auf Arbeit geben. Im Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 ist in diesem Sinne festgeschrieben: „Jeder hat das Recht auf Arbeit.“ Ein solches Recht kann man aber sinnvollerweise nicht verfassungsgesetzlich absichern.

Eine solche Norm wäre in der Realität wohl nicht einklagbar. Sowohl Pflicht als auch Recht auf Arbeit sind daher als programmatische Aufforderung zu verstehen.

Sehr wohl aber muss es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, Vollbeschäftigung oder doch wenigstens möglichst hohe Beschäftigung zu erreichen, wirtschaftliches Wachstum anzustreben, breiten Wohlstand zu schaffen und auf diese Weise als Folge gesunde öffentliche Finanzen einschließlich der sozialstaatlichen Einrichtungen sicherzustellen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929, ihre wirtschaftliche Not und deren schlimme politische Folgen haben allzu deutlich gezeigt, was eine gegenteilige Entwicklung bedeutet.

Bedarf an Arbeit ist genügend vorhanden, sind doch die elementaren Bedürfnisse so vieler Menschen nur ungenügend erfüllt, ganz zu schweigen von der bitteren Armut hunderter Millionen

Menschen in der Welt. Rund eine Milliarde Menschen müssen mit rund einem Dollar pro Tag das Auslangen finden. Vergleichsweise beträgt bei uns die wahrlich geringe monatliche Mindestrente für eine alleinstehende Person 747 Euro, was einem Gegenwert pro Tag von fast 25 Euro bzw. rund 38 USD entspricht. Es gibt daher genug Nachfragepotenzial.

Der Kampf gegen die Armut beinhaltet daher ein gewaltiges Wirtschafts- und Arbeitspotenzial, das es zu nutzen gilt. Es ist daher eine Fehleinschätzung, zu glauben, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht und daher Arbeitszeitverkürzung notwendig und die Arbeit sozusagen zu rationieren ist. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben zunehmend eine immer älter werdende Gesellschaft und machen trotz des bereits bestehenden Defizits an Arbeitskräften unseren Arbeitsmarkt nicht weiter auf. Ohne die fast 70.000 legalen Arbeits-

kräfte aus Deutschland vor allem im Gastgewerbe und die nahezu 100.000 illegalen Arbeitskräfte vor allem aus unseren östlichen EUNachbarstaaten im Pflege- und Betreuungsbereich gäbe es in diesen Sparten bereits jetzt eine Katastrophe!

Es braucht daher eine gute Wirtschaftspolitik, die durch bestmögliche Rahmenbedingungen und fairen Wettbewerb Arbeit und Wohlstand schafft. Eine solche ist zugleich die beste Sozialpolitik. Denn was man nicht erwirtschaftet, kann man weder verteilen noch konsumieren und schon gar nicht zugunsten der sozial Schwächsten umverteilen.

Ohne wärmespendenden Ofen gibt es auch keine soziale Wärme. Dieser Ofen ist die Wirtschaft. Der Ofen muss beheizt werden, nur so kann sichergestellt werden, dass die Wirtschaft läuft. Dazu bedarf es Investitionen und Innovationen, ebenso braucht man qualifizierte und leistungsgewandte Menschen.

Sie verwenden für (Papier-) Geld gerne den Ausdruck „gedruckte Freiheit“.

Wie viel „gedruckte Freiheit“ braucht der Mensch, um in Österreich (über)leben zu können?

Dr. Androsch: Dieses Zitat stammt von Dostojewski. Es beschreibt sehr gut die Funktion des Geldes in einer weltweit immer arbeitsteiligeren und austauschintensiveren Wirtschaft. Die Funktion der Geldwirtschaft dabei sollte eine helfende und dienende sein. Die Rolle der Geldwirtschaft darf nicht, wie zuletzt die Finanz- und Bankenkrise gezeigt hat, aus Gier und Dummheit einiger Weniger zum abzockenden Selbstzweck werden. Mit vernünftigen Spielregeln und aufmerksameren Aufsichtsbehörden müssen solche negativen Entwicklungen rechtzeitig unterbunden werden.

Im Übrigen erfordern die in den letzten Jahren stark gestiegenen Kosten der Grundversorgung, von denen die sozial Schwächsten am härtesten getroffen werden, eine solidarische Hilfe durch ein Milderungsprogramm gegen die Teuerung bei Nahrungsmitteln, Wohnungsmieten, Energie- und Heizkosten sowie eine Entlastung der Pendler.

Trägt unser gegenwärtiges Pensionssystem auch dann noch, wenn die Leute in Zukunft 90 Jahre und älter werden? Reicht eine Art „Universalrente“, oder braucht es doch auch für alle eine individuelle Altersversicherung?

Dr. Androsch: Wir werden inzwischen deutlich älter

und dies erfreulicherweise in agiler und vitaler Verfassung. In Österreich ist heute schon jeder Vierte in Pension, ein nicht geringer Teil, nämlich rund 26 Prozent, sind Frühpensionisten. Während die durchschnittliche Pensionsbezugszeit vor fünfzig Jahren lediglich zwei Jahre betrug, so liegt diese heute schon bei knapp zwanzig Jahren. Diese Entwicklung erfordert, nicht zuletzt auch wegen des steigenden Arbeitskräftemangels, eine längere altersmäßige Arbeit, ausgenommen Schwerarbeiter. Dies ist auch erforderlich, um die Finanzierbarkeit des Pensionssystems angesichts des eingetretenen Geburtenrückganges erhalten zu können. Eine solche Altersvorsorge erfordert neben der staatlichen Grundversorgung auch mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative jedes Einzelnen. Dies ist eine Voraussetzung, um Altersarmut zu verhindern. Dazu kommen noch die steigenden Kosten für die zunehmende Altersbetreuung und Pflege.

Für den österreichischen Weg war über Jahrzehnte die Sozialpartnerschaft als Konfliktregelungssystem wichtig. Im letzten Jahrzehnt wurde ihr Image schwer beschädigt ... Brauchen wir eine "Sozialpartnerschaft Neu" auch in Zukunft?

Dr. Androsch: Angesichts der globalen, aber auch der eigenen Probleme brauchen wir in vielen Bereichen dringende Reformen und neue Problemlösungen. Die Notwendigkeit, den tiefgreifenden Veränderungen durch

Modernisierung zu begegnen, muss jeder von uns verstehen aber auch dazu bereit sein. Der Terror des status quo bedeutet Stillstand und dieser ist Rückschritt! Die Umsetzung der notwendigen Aufgaben liegt vor allem bei den Leistungsträgern, den politischen Parteien, den Sozialpartnern, aber auch bei den Kirchen sowie bei jedem Einzelnen von uns.

Ein großes Thema in der Wirtschaft ist das Auseinanderfallen von Unternehmer- und Eigentümer-Strukturen, sowie das Ziel der Gewinnmaximierung. Welche Chancen gibt es, hier gegenzusteuern bzw. einen Ausweg zu finden?

Dr. Androsch: Reine Gewinnmaximierung ist meist eine Lehrbuch-Fiktion. Unternehmerisches Handeln und als Folge die Ergebnisse eines Unternehmens hängen von vielen Faktoren ab. Auch Prestige spielt für unternehmerische Entscheidungen oft eine nicht unerhebliche Rolle. Wirtschaftliche Aktivitäten sollten in erster Linie dazu dienen, Werte zu erhalten und auszubauen. Dazu muss Geld verdient und darf nicht verloren werden, zudem gilt es, den Wert der Betriebe zur Zukunftssicherung zu steigern. Verluste sind der größte Feind des Arbeitsplatzes.

Gegenwärtig gibt es einen Wandel von einer Erwerbsarbeits- in eine Tätigkeits-Gesellschaft. Sie sagen auch von sich, dass Sie nicht mehr arbeiten, wohl aber tätig sind. Welche Chancen sehen Sie, dass sich möglichst viele diesen

Traum/Wunsch erfüllen können?

Dr. Androsch: Die Arbeitswelt hat sich in vielerlei Hinsicht – als Folge von Innovationen, Investitionen und dem Ersatz von Arbeitskräften durch den steigenden Einsatz von Energie – enorm gewandelt. Überdies soll nach Möglichkeit Arbeit mehr sein als nur notwendiger Broterwerb. Arbeit sollte als sinnvolle und befriedigende Aufgabe erlebt werden. Wenn man nicht mehr arbeiten muss, um den Lebensunterhalt zu verdienen, kann es auch erfüllend sein, dennoch sinnvollen Tätigkeiten nachzugehen, die einem interessant erscheinen und zugleich im Interesse des Gemeinwohls liegen. Dies liegt allerdings in der Verantwortung jedes Einzelnen. Die Möglichkeiten dazu sollten aber bestehen bzw. geschaffen werden.

Danke für das Interview!
Pfarrer E. Muhrer



*Dr. Hannes Androsch
Dr. h.c.
Hochschule Bratislava,
Finanzminister und
Vizekanzler a.D.,
Industrieller und
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Österreichischen
Salinen AG*